

Antworten der Fraktion der Linkspartei.PDS auf die Wahlprüfsteine des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen und des Berufsschullehrerverbandes Sachsen-Anhalt

1. Wird Ihre Partei die Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren weiterentwickeln? Wenn ja, wie?

Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, die Potentiale der Berufsbildenden Schulen stärker in die Entwicklung der Regionen einzubinden.

Sie geht davon aus, dass die Leistungsfähigkeit einer Region, ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zunehmend von der Fähigkeit bestimmt wird, Bildungsressourcen zu mobilisieren, Qualifikationsbedürfnissen zeitnah gerecht zu werden, innovative Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche zu schaffen, auszubauen und ihnen neue Impulse zu verleihen. Zugleich muss es gelingen, Bildungs- und Kulturbedürfnisse anzuregen und ihnen besser zu entsprechen. Berufsbildende Schulen haben dabei nach unseren Vorstellungen eine zentrale Bedeutung. Neben ihre Aufgaben in der beruflichen Erstausbildung und der beruflichen Weiterbildung sollen neue Tätigkeitsbereiche treten.

Wir lassen uns dabei davon leiten, dass mit den zum Teil beachtlichen Kapazitäten diese Erweiterung möglich und sinnvoll ist, wenn die Schülerzahl in der Erstausbildung sinken wird.

Ein besonderes Aufgabenfeld, das die Linkspartei.PDS Berufsbildenden Schulen übertragen will, ist die Unterstützung der Einführung polytechnischer Bildung an den allgemein bildenden Schulen.

Eine solche Entwicklung setzt eine weitreichende auch wirtschaftliche Selbständigkeit der Berufsbildenden Schulen voraus. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, unter den die Berufsbildenden Schulen in regionalen Netzwerken wirtschaftlich tätig werden können, ohne die kostenfreie öffentlich zu garantierende berufliche Erstausbildung zu gefährden und ohne durch öffentliche Gelder insbesondere an staatlichen Berufsbildenden Schulen den Wettbewerb zu verzerren.

2. Welche Zukunft haben die verschiedenen Schulformen unter dem Dach der BbS?

Die Linkspartei.PDS geht davon aus, dass alle unter dem Dach der Berufsbildenden Schulen auf der Grundlage des Schulgesetzes vereinten Schulformen auch in nächster Zukunft erforderlich sind. Wir sehen in unserem vor kurzem veröffentlichten Schulgesetzentwurf weiterhin alle diese Schulformen vor.

Gleichwohl beabsichtigen wir vor allem jene Bereiche besonders zu stärken, die anspruchsvoll qualifizierte Berufe vor allem für innovative mittelständische Bereiche der Wirtschaft und des Dienstleistungssektors ausbilden, die die jeweiligen Regionen besonders prägen, und jene Bereiche, die den Übergang von der beruflichen zur Hochschulqualifikation ermöglichen sowie der beruflichen Weiterbildung dienen.

Die reale Entwicklung der Nachfrage nach den einzelnen Schulformen muss in der nächsten Zeit aufmerksam verfolgt werden. Die Linkspartei.PDS erwartet hier neue Trends, die aus dem drastischen Abfall der Schülerzahlen und einer zu erwartenden Steigerung der Fachkräftenachfrage in der Folge demografischer Entwicklungen resultieren.

3. Wie wird Ihre Partei die Nachwuchsgewinnung und –sicherung für die BbS gestalten, um insbesondere dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken?

Aus der Perspektive der Nachwuchsgewinnung für den Lehrkörper der Berufsbildenden Schulen geht die Linkspartei.PDS davon aus, dass unter Beachtung der Hochschulautonomie insbesondere mit der Otto-von-Guericke-Universität eine in Quantität und im Fachprofil bedarfsgerechte Lehramtsausbildung zu sichern ist. Das schließt die Weiterentwicklung der Forschung auf dem Gebiet der Berufspädagogik und Weiterbildung ein. Die Linkspartei.PDS hat erklärt, die Hochschulbudgets um 30 Millionen Euro aufstocken zu wollen und in ergänzenden Zielvereinbarungen zu untersetzen. Dabei wird die Lehramtsausbildung eine wichtige Rolle spielen. Der Linkspartei.PDS ist bewusst, dass das mannigfaltige Fachprofil an den Berufsbildenden Schulen nicht allein durch die Fachrichtungen der Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität abgedeckt werden kann. Nach unserer Auffassung bedarf es länderübergreifender Kooperation und Möglichkeiten für „Quereinsteiger“. Wir gehen darüber hinaus davon aus, dass vor allem zur Stärkung der Ausbildung in den allgemein bildenden Fächern auch Zugangsmöglichkeiten zum Lehramt an Berufsbildenden Schulen über andere Lehramtsstudiengänge möglich gemacht werden müssen.

Aus der Perspektive der Gewinnung von jungen Leuten, die sich für eine qualifizierte Berufsausbildung entscheiden bzw. die Voraussetzungen erworben haben, sie zu beginnen, setzt die Linkspartei.PDS vor allem auf eine Entwicklung der Sekundarschulen. Die Sekundarschulen sollen in den nächsten Jahren so profiliert werden, dass sie ein Bildungsangebot vorhalten können, das allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eröffnet, einen Realschulabschluss zu erlangen und eine qualifizierte Berufsausbildung oder den Besuch eines studienqualifizierenden Bildungsgangs anzuschließen.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die lediglich über einen Hauptschulabschluss verfügen oder ohne Abschluss die Schule verlassen, von derzeit ca. 20 % soll deutlich verringert werden.

Die Linkspartei.PDS beabsichtigt, an allen Schulen polytechnische Bildung einzuführen, um Lernen bereits in der allgemein bildenden Schule enger mit praktischer Tätigkeit zu verbinden. Polytechnische Bildung soll auf bessere technische, technologische, wirtschaftliche und soziale Bildung, auf Lernmotivation und die praktische Anwendung von Wissen sowie auf Berufsberatung und Berufsorientierung zielen. Es sind Ausbildungsformen in Wirtschaftsunternehmen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen vorgesehen. Technische Bildung und Anwendungsbezug sollen in differenzierter Form alle Unterrichtsfächer mit prägen. Individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler soll verstärkt werden.

Diese Schritte sollen dazu beitragen, die Berufsfähigkeit der Jugendlichen besser zu entwickeln. Das schließt auch die Ausprägung wichtiger Sozialkompetenzen und von Lernkompetenz ein.

4. Werden die sinkenden Schülerzahlen, die auch auf die BbS zukommen, für eine Qualitätsverbesserung genutzt, z.B. für Stütz- und Förderunterricht sowie Zusatzqualifikationen?

Die Linkspartei.PDS hat sich in Sachsen-Anhalt dafür ausgesprochen, alle Kraft auf den Bildungs- und Wissenschaftsbereich zu konzentrieren. Sie erwartet daraus

starke Impulse für eine selbsttragende wirtschaftliche Dynamik, für die soziale, kulturelle und demokratische Entwicklung der Gesellschaft wie für die Entfaltung eines selbstbestimmten Lebens jeder und jedes einzelnen. Wir sind in diesem Sinne bereit, gemessen am Gesamthaushalt deutlich mehr Mittel für die Bildung einzusetzen.

Dennoch werden in den nächsten Jahren die Spielräume für den Landeshaushalt erheblich enger. Die Linkspartei.PDS hält es daher nicht für realistisch, davon auszugehen, dass *alle* durch die abnehmenden Schülerzahlen frei werdenden Mittel für qualitätsverbessernde Aufgaben wie Stütz- und Förderunterricht sowie Zusatzqualifikationen eingesetzt werden können.

Gleichwohl soll ein Teil hier genutzt werden.

Es muss aber auch darum gehen, noch vorhandene Reserven in der Effektivität zu erschließen. Dazu zählt die Linkspartei.PDS den Abbau von Bürokratie, die Erweiterung der Selbständigkeit der Schulen, die Erschließung von Synergieeffekten, die Vermeidung von Doppelqualifikationen auf gleichem Niveau und von „Warteschleifen“ genauso wie die Weiterentwicklung von Lernkultur, Didaktik und Methodik, um einen nachhaltigeren Lernerfolg bei mehr Schülerinnen und Schülern zu erreichen.

5. Ist es vorgesehen, die Besonderheiten der BbS in einem entsprechenden Rechtsrahmen zu berücksichtigen? Wenn ja, in welcher Weise?

Die Besonderheiten Berufsbildender Schulen werden auch in dem von der Linkspartei.PDS vorgeschlagenen Schulreformgesetz berücksichtigt. In diesem Bereich wird an den derzeitigen Regelungen im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt angeknüpft.

Ungeachtet dessen, sieht die Linkspartei.PDS durchaus, dass der Spezifik der Berufsbildenden Schulen durch Rechtsverordnungen, Rechtsvorschriften und Verwaltungshandeln nicht immer ausreichend entsprochen wird.

Wir wollen uns daher dafür einsetzen, das abzustellen. Einer weiter als bisher reichenden oder besonderen gesetzlichen Regelung für Berufsbildende Schulen bedarf es nach unserer Meinung aber nicht.

6. Wie wird das Berufsbildungsreformgesetz nach den Vorstellungen Ihrer Partei in Sachsen-Anhalt umgesetzt?

Die Linkspartei.PDS ist der Auffassung, dass das neue Berufsbildungsgesetz Spielräume eröffnet, die im Land noch nicht ausreichend genutzt werden. Dies betrifft aus unserer Sicht die ganze oder teilweise Anrechnung des Besuchs von Berufsbildenden Schulen auf die Ausbildungszeit, die Zulassung von Absolventinnen und Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zu Kammerprüfungen wie auch die Stärkung der theoretischen Ausbildung durch die Einbeziehung der Berufsschulergebnisse in die Zeugnisse der Abschlussprüfung.

Die Linkspartei.PDS schlägt in ihrem Schulgesetzentwurf vor, das Berufsschulzeugnis aufzuwerten und die Zusammenarbeit der Berufsbildenden Schulen mit den Innungen und Kammern verpflichtend auszubauen.

7. Welche Vorstellungen hat ihre Partei zum Thema Eigenständigkeit von BbS?

Die Linkspartei.PDS will die Eigenständigkeit der Einzelschule stärken. Das umfasst die pädagogische Verantwortung der Lehrkräfte für den Bildungsprozess, die

Bereitstellung von Schulbudgets, die Möglichkeit zur Ausprägung von Schulprofilen und die Beteiligung an Entscheidungen zum Einsatz von Lehrkräften an der Schule. Dies soll ausdrücklich auch für Berufsbildende Schulen gelten.

Die Linkspartei.PDS ist sich aber bewusst, dass die künftige Entwicklung Berufsbildender Schulen und ihre Einbindung in regionalen Netzwerken noch weiter reichende Lösungen erfordern wird. Auf die Antwort zur Frage 1 sei verwiesen.

8. Die Lehrer an den BbS sind auf Grund von permanenter Unterbesetzung seit Jahren die am stärksten belastete Lehrergruppe. Dieser Zustand wurde in der letzten Legislaturperiode verschärft, weil die sogenannten Anrechnungsstunden (Schultopf) fast halbiert wurden. Dadurch wurden insbesondere die Leistungsträger bis an die Schmerzgrenze belastet. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei für die Beseitigung dieser Situation?

Die Linkspartei.PDS wird sich bemühen, im Rahmen der Möglichkeiten des angespannten Personalhaushalts des Landes mit sinkenden Schülerzahlen an den Berufsbildenden Schulen diese Situation zu lindern.

9. Welche Visionen hat ihre Partei von den BbS in Sachsen-Anhalt?

In den strategischen Vorstellungen der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt haben die Berufsbildenden Schulen einen festen Platz.

Wir gehen auch in Zukunft davon aus, dass die Vermittlung beruflicher Erstausbildung, die zu einem Berufsabschluss führt, von Fort- und Weiterbildung zu den Kernaufgaben Berufsbildender Schulen gehören wird.

Auch in der absehbaren Entwicklung wird die Ausbildung in Berufen unterhalb des Hochschulniveaus aber mit zunehmender Kompatibilität und Durchlässigkeit zu akademischer Ausbildung unverzichtbar sein.

Dennoch ist die Linkspartei.PDS der Auffassung, dass die Wege in den Beruf heute schon vielfältig sind und in Zukunft diese Vielfältigkeit zunehmen wird.

Vor allem ist zu erwarten, dass die Berufsbiografien noch dynamischer verlaufen und die Qualifikationsentwertungszeiten kürzer werden.

Darauf muss sich das berufliche Bildungswesen einstellen.

Die Linkspartei.PDS sieht die Notwendigkeit, die Hochschulbildung in deutlich stärkerem Maße für den Zugang über berufliche Qualifikationen zu öffnen. Das stellt auch neue Anforderungen an die berufliche Ausbildung.

Andererseits wird es erforderlich sein, bestimmte bisher berufliche Ausbildungen auf ein Niveau zu heben, das dem Hochschulniveau entspricht. Dabei sind insbesondere Fachschulbildungsgänge im medizinischen Bereich und in der Sozialpädagogik, besonders die Erzieherinnenausbildung für Kindertagesstätten, im Blick. Die Linkspartei.PDS hält es auch für angezeigt, Ausbildungsbestandteile der beruflichen Ausbildung auf ein Hochschulstudium auf der Grundlage von Zertifizierungen ganz oder teilweise anzurechnen.

Darüber hinaus sollte aus unserer Sicht überhaupt die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen und Ausbildungsbestandteilen im Prozess lebensbegleitender Qualifizierung und Kompetenzentwicklung im europäischen Rahmen weiter ausgebaut werden.

Bei der inhaltlichen Gestaltung beruflicher Ausbildung erachtet es die Linkspartei.PDS für erforderlich, Bestandteile der allgemeinen Bildung zu erhalten und zu profilieren, der Entwicklung von Sozial- und Lernkompetenzen stärkere Aufmerksamkeit beizumessen und die Fremdsprachenausbildung sowie Ausbildungsbestandteile, die kulturelle Kompetenzen und die Kenntnisse von anderen Ländern vertiefen, zu erweitern.

Neben den Kernaufgaben in der Ausbildung, der Weiterbildung und Fortbildung, sollten Berufsbildende Schulen in regionale Netzwerke ihre Kompetenzen einbringen. Auf diese Fragen wurde unter 1. eingegangen.

Die Linkspartei.PDS sieht auch die Notwendigkeit, im berufsbildenden Bereich wirksamer als bisher Nachteilsausgleich zu ermöglichen und Jugendlichen in sozialen Problemlagen zu helfen und sie zu unterstützen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen kommt dieser Aufgabe besondere Bedeutung zu. Die Linkspartei.PDS setzt sich daher dafür ein, in das von ihr erneut angeregte Programm der Schulsozialarbeit ausdrücklich auch die Berufsbildenden Schulen einzubeziehen. Die Voraussetzungen für die besondere Förderung von Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungen müssen ausgebaut werden. Die Linkspartei.PDS will jene Möglichkeiten erweitern, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen in der gleichen Einrichtung ausgebildet werden, um soziale Integration zu befördern.